

Deutschland: Demographische Entwicklung in den neuen Bundesländern

Die Bevölkerung in Ostdeutschland wird in den nächsten Jahren deutlich altern und schrumpfen. Die Abwanderung v. a. junger und gut qualifizierter Frauen schafft in einigen Regionen einen Männerüberhang in bestimmten Altersgruppen. Auf diese Entwicklung weisen verschiedene aktuelle Veröffentlichungen hin.

Bevölkerungsrückgang: Das Statistische Bundesamt hat am 22. Mai die Ergebnisse der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung nach Bundesländern veröffentlicht (vgl. MuB 10/06). Danach wird die Bevölkerung in Ostdeutschland im Zeitraum von 2006 bis 2050 weiter auf 9,1 Mio. sinken (-31 %). In den alten Bundesländern dagegen ist mit einem Bevölkerungsrückgang von nur 14 % auf 54,4 Mio. zu rechnen. Damit verstärkt sich die demographische Kluft zwischen Ost und West.

Alterung: Der Osten Deutschlands wird zukünftig auch von der fortschreitenden Alterung viel stärker betroffen sein als der Westen. Die Zahl der Menschen im Erwerbsalter wird in Ostdeutschland besonders stark sinken, von 8,0 Mio. im Jahr 2010 auf 4,3 Mio. im Jahr 2050. Der Altenquotient wird sich im Osten von heute etwa 35 bis zum Jahr 2050 mehr als verdoppeln

und dann 80 betragen. Er zeigt, wie viele Senioren (65+ Jahre) auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter (20 bis unter 65 Jahre) entfallen. Der Westen Deutschlands weist zurzeit einen etwas niedrigeren Altenquotienten von etwa 32 je 100 auf, der auch geringfügiger steigen wird, auf 62 im Jahr 2050.

Eine Studie des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB) analysiert die regionale Zweiteilung des demographischen Alterungsprozesses für den Zeitraum 1991 bis 2005. Der Prozess in Westdeutschland war schwächer ausgeprägt und fand seine Ursache eher in der anwachsenden Zahl Älterer. Die ostdeutsche Bevölkerung schrumpfte und alterte deutlich schneller, v. a. infolge der starken Abwanderung der

Jüngeren: „Hier kommt, ohne zu verkennen, dass auch Fertilität und Mortalität regionale Unterschiede aufweisen, in erster Linie den Wanderungen zwischen den Bundesländern eine besondere Bedeutung zu.“ (siehe auch S. 2, Kurzmeldungen).

Abwanderung von jungen Frauen: Besonders die Abwanderung junger gut ausgebildeter Frauen führt nach einer aktuellen Studie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung, die ebenfalls Ende Mai in Berlin vorgestellt wurde, zur Bildung einer „neuen Unterschicht“ im Osten: männlich, ungebildet, desinteressiert, einsam. Durch den Männerüberschuss verschlechterte sich nicht nur das soziale Klima, auch verlorene betroffene Regionen weiter an demographischen Zukunftschancen, da potenzielle Mütter fehlten.

Gründe für die Abwanderung der Frauen gen Westdeutschland sehen die Forscher in erster Linie in den unterschiedlichen Bildungsniveaus junger Männer und Frauen. Es mangle auch an Anreizen für eine Rückkehr: Im Osten fehle es schlicht an Männern, „die den Ansprüchen der Frauen genügen würden“, so die Studie. Dass unter den Abwanderern seit Jahren besonders viele qualifizierte Frauen im reproduktionsfähigen Alter sind, hat das Statistische Landesamt des Freistaats Sachsen allerdings schon in der ersten ostdeutschen Abwanderungsanalyse Ende 2002 herausgefunden.

Erste Reaktionen aus Politik und Verwaltung greifen zu kurz. Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) hofft durch den Ausbau von zwei Modell-Regionen den Abwanderungstrend zu stoppen. Klaus Mätzig (CDU), Oberbürgermeister der Kreisstadt Freital in Sachsen, erwägt Prämienzahlungen für niederlassungswillige junge Frauen. *Claudia Nolden-Temke, M.A., Institut für Bevölkerungs- und Gesundheitsforschung, Universität Bielefeld, Fakultät für Gesundheitswissenschaften*

Weitere Informationen:

<http://www.destatis.de> (Statistisches Bundesamt) Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, BiB-Mitteilungen 01/2007: „Die demographische Alterung in den Bundesländern – Ein Zeitvergleich“, <http://www.bib-demographie.de/publikat> Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (Mai 2007): „Not am Mann. Von Helden der Arbeit zur neuen Unterschicht? Lebenslagen junger Erwachsener in wirtschaftlichen Abstiegsregionen der neuen Bundesländer“, <http://www.berlin-institut.org> Gosch, Sabine: „Ergebnisse der sächsischen Wanderungsanalyse“, S. 60-62, in: „Statistik in Sachsen 3/2003“, <http://www.statistik.sachsen.de>

Inhalt	
Deutschland: Demographische Entwicklung in den neuen Bundesländern	1
Deutschland: Diskussion um Moschee-Bau in Köln	2
Deutschland: Bundesregierung antwortet auf Große Anfrage zum Islam	2
Kurzmeldungen – Deutschland	2
USA: Einwanderungspolitik in der Diskussion	3
Kurzmeldungen – Europa	3
Bericht zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund	4
Literatur / Neu im Internet	5
Zusätzlich in der Internetausgabe (http://www.migration-info.de):	
EU: Initiativen in den Bereichen Migration und Grenzschutz	
USA / Europa: Studie über die Lebenssituation von Muslimen	
Rezension: 360°. Das studentische Journal für Politik und Gesellschaft	

Deutschland: Diskussion um Moschee-Bau in Köln

Der Streit um den Neubau einer großen Moschee im Kölner Stadtteil Ehrenfeld hat sich zugespitzt. Politiker befürworten das Vorhaben als Symbol für eine gelungene Integration, viele Anwohner lehnen es dagegen ab.

Die Kontroverse um den Moschee-Neubau in Köln, der viertgrößten Stadt Deutschlands, hält bereits seit

über zwei Jahren an. Das geplante muslimische Gotteshaus und Begegnungszentrum an der Venloer Straße in Ehrenfeld soll einen 17 m hohen kuppelförmigen Gebetsraum und zwei 55 m hohe Minarette haben und würde damit nach Ansicht vieler Kritiker zur dominierenden Architektur des Stadtteils. Entworfen wurde die Moschee von den Kölner Kirchenbaumeistern Gottfried und Paul Böhm.

Bis zu 2.000 Gläubige sollen in dem geplanten Neubau gleichzeitig beten können, dazu sollen Büro-, Tagungs-, Unterrichts- und Aufenthaltsräume entstehen. Momentan steht auf dem 20.000 qm großen Baugrundstück noch ein Gebäude in sanierungsbedürftigem Zustand, das die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB) seit 1984 als Hauptsitz und zugleich als Moschee nutzt. Dem Dachverband gehören rund 900 Moscheevereine in Deutschland an (vgl. MuB 4/07).

Kampagnenartig äußert die rechtspopulistische Vereinigung „Pro Köln“ seit lan-

gem Kritik. Neben einer fremdländischen Architektur und lauten Muezzin-Rufen befürchten viele Anwohner ein Verkehrschaos, da in der Bauplanung nur rund 130 Parkplätze vorgesehen sind.

Im Mai demonstrierten während einer Bezirksversammlung aufgebrachte Bürger vor dem Saal. Der Ehrenfelder CDU-Vorsitzende Jörg Uckermann bezeichnete die geplante Moschee wegen ihrer Größe und dem geplanten Begegnungszentrum als „islamisches Disneyland“.

Im Stadtrat befürworten CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und Linkspartei den Bau der Moschee. Kölns Oberbürgermeister Fritz Schramma (CDU) äußerte sich zufrieden über den Stand der Integration in seiner Stadt, sie sei „höchst erfolgreich“. Die für Integrationsfragen zuständige Sozialdezernentin Marlis Bredehorst (Bündnis 90/Die Grünen) sagte bei einer Bürgerversammlung: „Vor 200 Jahren haben die Protestanten hier auch noch in den Hinterhöfen gebetet. Heute haben sie längst ihre eigenen Kirchen.“

Die Kölner Bundestagsabgeordnete und SPD-Islambeauftragte Lale Akgün äußerte große Besorgnis über die feindselig geführte Debatte. Sie fürchte um den Ruf Kölns als weltoffene Stadt. Architekt Gottfried Böhm verteidigte seinen Entwurf und sagte, er sei „keine Replik einer osmanischen Baukultur, sondern ein modern dastehendes Bauwerk“.

Der Schriftsteller und Holocaust-Überlebende Ralph Giordano sprach sich dezidiert für einen Verzicht auf die „gewalttätige islamische Architektur“ aus und erklärte die gesamte Integration der Muslime in Deutschland für gescheitert. Für weiteren Zündstoff in der Debatte sorgte im Mai auch ein Positionspapier der Evangelischen Kirche Deutschlands mit dem Titel „Klarheit und gute Nachbarschaft“. Es bewertete das christlich-islamische Verhältnis kritisch.

Neben der umstrittenen Moschee in Ehrenfeld wurden bereits zwei weitere Anträge für Moscheebauvorhaben in Köln gestellt. In der Stadt leben insgesamt etwa 120.000 Muslime. *chw*

Weitere Informationen:

<http://www.stadt-koeln.de/bezirke/ehrenfeld/index.html>, <http://www.buergerverein-koeln-ehrenfeld.de>, <http://www.ditib.de>

Kurzmeldungen – Deutschland

Zu- und Abwanderung 2006

Nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamts zogen 2006 662.000 Personen nach Deutschland, 558.000 davon Ausländer. 639.000 Personen zogen fort, 484.000 davon Ausländer. Daraus ergibt sich ein Wanderungsüberschuss von 23.000 Personen. 2006 gab es 46.000 weniger Zuzüge und 11.000 mehr Fortzüge als 2005. <http://www.destatis.de>

Innerdeutsche Wanderungen 2006

2006 zogen 136.000 Personen aus den neuen in die alten Bundesländer (2005: 137.000), während 82.000 Personen von West nach Ost wanderten (2005: 88.000). Die neuen Bundesländer verloren 2006 per Saldo rund 54.000 Personen durch Abwanderung in die alten Bundesländer (ohne Berlin). <http://www.destatis.de>

Mehr Lehrer für „Brennpunkt-Schulen“

Die für Integration zuständigen Minister der Bundesländer haben sich Ende April verpflichtet, Schulen mit einem hohen Anteil an Migranten mehr Personal zur Verfügung zu stellen. Neben zusätzlichen Lehrern sollen auch Sozialarbeiter eingestellt werden. Bei der Auswahl der Lehrer sollen mehr Pädagogen berücksichtigt werden, die selbst einen Migrationshintergrund haben. Außerdem einigten sich die Politiker auf frühe Sprachtests in Kindergärten und die Förderung der Herkunftssprache an Schulen. Im Juni sollen diese Beschlüsse von den Ministerpräsidenten unterzeichnet werden, so dass sie einen Beitrag der Bundesländer für den im Juli geplanten Integrationsgipfel darstellen können.

Spezielle Integrationskurse

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat neue Konzepte für spezielle zielgruppenorientierte Integrationskurse entworfen, die ab dem 1. Juli bundesweit gelten sollen. Die Konzepte gelten für die Zielgruppen Jugendliche, Frauen und Eltern sowie für nicht ausreichend bzw. gar nicht alphabetisierte Personen.

<http://www.bamf.de/DE/Integration/Integrationskurse/Informationen/4-spezielle-zielgruppen.html>

Biometrische Daten im Pass

Einer umstrittenen Gesetzesänderung zur Aufnahme von digitalen Fingerabdrücken im neuen Reisepass hat der Bundesrat Anfang Juni zugestimmt. Ab 1. November dieses Jahres werden die Abdrücke beider Zeigefinger digital im Reisepass gespeichert. <http://www.bmi.bund.de>

Deutschland: Bundesregierung antwortet auf Große Anfrage zum Islam

Die Bundesregierung hat auf die im Juni 2006 von Bündnis 90/Die Grünen eingebrachte „Große Anfrage zum Stand der rechtlichen Gleichstellung des Islam in Deutschland“ geantwortet.

Bündnis 90/Die Grünen hatten in ihrer Anfrage darauf verwiesen, dass die Muslime unter den nach Deutschland eingewanderten religiösen Gruppen die größte darstellen, jedoch seit einer vergleichbaren Anfrage der

CDU/CSU vom Jahr 2000 keine aktuellen Informationen zum Stand der rechtlichen Integration der Muslime bzw. des Islams in Deutschland vorlägen. In ihrer Antwort vom April 2007 erklärte nun die Bundesregierung, dass sie die „Große Anfrage“ als Gelegenheit sähe, die bei staatlichen Stellen vorhandenen Kenntnisse über die Muslime und ihre Integration in Deutschland darzustellen (siehe auch MuB-online 5/07). Auf 125 Seiten beantwortet sie 36 Fragen, die teilweise nochmals untergliedert sind und religions- und verfassungsrechtliche Aspekte ebenso umfassen wie die Selbstorganisation der Muslime, islamischen Religionsunterricht, Moscheebau und die Rechtmäßigkeit des islamischen Gebetsrufs.

Nach Angaben der Bundesregierung leben derzeit ca. 3,1 bis 3,4 Mio. Muslime in Deutschland, darunter

Kurzmeldungen – Europa

Deutschland/Österreich: Austausch von Fingerabdruck-Daten

Deutschland und Österreich tauschen seit Anfang Juni Fingerabdruck-Daten aus. Mit Hilfe eines automatisierten Verfahrens gewährleisten sie sich wechselseitig Zugriff auf ihre Fingerabdruck-Datenbanken, so Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU). „Die Polizeibehörden erhalten innerhalb weniger Minuten einen Hinweis, ob zu dem eingegebenen Fingerabdruck-Profil ebenfalls Erkenntnisse im anderen Staat vorliegen“, sagte Schäuble. Zur Gewährleistung des Datenschutzes werde der Abruf nur mit anonymisierten Indexdateien vorgenommen, die keiner Person zuzuordnen sind. Ihre DNA-Datenbanken können Deutschland und Österreich bereits seit Dezember 2006 abgleichen. Ein solcher Abgleich findet seit Mai auch mit Spanien und Luxemburg statt. Ab Spätsommer erfolgen weitere Schritte zum Abgleich der Kraftfahrzeug-Registerdatenbanken. <http://www.bmi.bund.de>

Niederlande: 25.000 abgelehnte Asylbewerber dürfen bleiben

In den Niederlanden erhalten 25.000 abgelehnte Asylbewerber ein Bleiberecht. Die Regierung verabschiedete eine entsprechende Regelung für Ausländer, die vor April 2001 ins Land gekommen und trotz eines abgelehnten Asylantrags geblieben sind. Damit rückt die Koalition aus Christdemokraten, Sozialdemokraten und Christlicher Union vom harten Kurs der Vorgängerregierung ab. Das Kabinett erklärte, diese Zuwanderer müssten einen Platz in der niederländischen Gesellschaft finden. „Vluchtelingenwerk“, die größte Flüchtlingshilfsorganisation des Landes, begrüßte den Schritt. Das Parlament hatte bereits im Dezember 2006 einen Abschiebestopp erlassen. <http://www.vluchtelingenwerk.nl>

EU: Integrationsministerkonferenz

Am 10./11. Mai haben in Potsdam die für Integration zuständigen Minister und Delegationen der EU-Mitgliedstaaten mit dem Kommissar für Justiz und Inneres Franco Frattini getagt. Die Teilnehmer verständigten sich auf einen verstärkten Erfahrungsaustausch und Informationsaustausch und richteten auf Expertenebene eine „Nationale Kontaktgruppe Integration“ ein. Die Kontaktgruppe soll die verschiedenen nationalen Integrationskonzepte vergleichend untersuchen und Handlungsempfehlungen aussprechen. Des Weiteren sollen die Experten erörtern, welche Maßnahmen die öffentliche Wahrnehmung von Zuwanderung verbessern. <http://www.bmi.bund.de>

etwa 1 bis 1,1 Mio. mit deutscher Staatsangehörigkeit. Unter den Muslimen sind ca. 2,5 Mio. Sunniten, 400.000 bis 700.000 Aleviten, 200.000 Schiiten und etwa 40.000 Ahmadis. Allerdings handelt es sich bei der Zahl der Muslime und Anhänger der jeweiligen Glaubensrichtungen um Schätzungen, u. a. da die Meldebehörden in Deutschland Muslime bei der Religionszugehörigkeit unter „Verschiedene“ zählen. Ohnehin handelt es sich bei der Mehrheit der quantitativen Angaben um Schätzungen, da keine offiziellen Daten bzw. Statistiken vorliegen.

Das gilt auch für die die Zahl der muslimischen Gebetsstätten bundesweit. Sie soll bei ca. 2.600 liegen, wovon etwa 150 klassische Moscheen mit Kuppel und Minarett sind. Die Bundesregierung geht von momentan mehr als 100 geplanten Moscheeneubauten bundesweit aus (siehe auch S. 2).

Auf die Frage, aus welchen Quellen der Moscheebau in Deutschland finanziert werde, antwortete die Regierung, dass „keine gesicherten Kenntnisse über die Finanzierungsquellen“ vorlägen.

Wenn man die geschätzten 2.600 Moscheen zugrunde

legt, so ergibt sich bei 3,2 Mio. Muslimen eine Relation der Anzahl der Gotteshäuser zur Anzahl der Gläubigen von 1:1.231. Bei der Evangelischen Kirche liegt das Verhältnis eigenen Angaben zufolge bei 1:1.164, bei der Katholischen Kirche bei 1:1.050.

Islamische Organisationen sind in Deutschland überwiegend als eingetragene Vereine organisiert. Bisher wurde noch keiner dieser Organisationen der Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts gewährt, womit sie beispielsweise als Träger der freien Wohlfahrtspflege und Jugendhilfe anerkannt wären und außerdem Steuern von ihren Mitgliedern erheben könnten. Die Verleihung von Körperschaftsrechten an islamische Organisationen gilt als problematisch u. a. aufgrund der fehlenden mitgliedschaftlichen Struktur bzw. des fehlenden Nachweises der Zahl der Mitglieder und zum Teil bestehender „Zweifel an der Verfassungstreue“.

Die Bundesregierung würde es begrüßen, wenn die Muslime in Deutschland repräsentative Vertretungen bilden würden, die dem Staat als anerkannter Ansprechpartner dienen könnten. Sie betont jedoch zugleich, dass sie mit „Rücksicht auf das verfassungsrechtlich garantierte Selbstbestimmungsrecht der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften [...] keine Möglichkeit zu einer staatlichen Einflussnahme“ sieht.

Als problematisch sieht die Bundesregierung den geringen Organisationsgrad der Muslime in Deutschland an. Damit hänge auch zusammen, dass die überregional aktiven islamischen Organisationen nur eine Minderheit der Muslime repräsentierten. Auch wenn viele Muslime die Moschee in ihrem Bezirk nutzten, bestehe oftmals keine Mitgliedschaft bei den Trägern der Moschee. Die Bundesregierung verweist in diesem Zusammenhang auf die Deutsche Islam-Konferenz, wo diese Fragestellungen und mögliche Lösungen Teil der Agenda seien (vgl. MuB 8/06, 3/07). vö

Weitere Informationen:

http://www.migration-info.de/dum_doks/D_ATT00254.pdf

USA: Einwanderungspolitik in der Diskussion

In den USA wird über eine umfassende Reform der Einwanderungspolitik debattiert. Bisher hat die Neufassung des US-Einwanderungsgesetzes nicht die nötige politische Unterstützung erhalten. Umstritten ist v. a. der Vorschlag, den Status der rund 12 Mio. undokumentierten Zuwanderer zu legalisieren.

Der überparteilich ausgehandelte Kompromiss zur Novellierung des Einwanderungs-

gesetzes und für die Legalisierung von undokumentierten Einwanderern auf die Straße gingen.

Bereits jetzt zeichnet sich die Migrationsfrage als eines der wichtigsten Themen für die Präsidentschafts- und Kongresswahlen im November 2008 ab. In den USA leben schätzungsweise rund 12 Mio. Menschen ohne Aufenthaltserlaubnis. Etwa 3 Mio. Kinder, die in den USA geboren wurden und dadurch automatisch US-Bürger sind, haben Eltern ohne einen rechtmäßigen Aufenthaltsstatus. Im Fall einer Ausweisung der Eltern drohen die Familien auseinandergerissen zu werden.

Die Gesetzesnovelle sieht vor, allen undokumentierten Einwanderern, die sich innerhalb eines Jahres bei den Behörden registrieren lassen, ein spezielles Visum auszustellen („Z visa“). Das Visum erlaubt ihnen und ihrer Familie den rechtmäßigen befristeten Aufenthalt und die Aufnahme einer Arbeit in den USA. Die Betroffenen müssen die englische Sprache beherrschen bzw. lernen, ihre ausstehende Steuerschuld begleichen sowie eine Strafgebühr zahlen. Für einen unbefristeten Aufenthalt muss das Familienoberhaupt ins Herkunftsland ausreisen und von dort aus einen Antrag stellen, darf aber während der Bearbeitung des Gesuchs in die USA zurückkehren. In der jüngeren Geschichte der

gesetzes („Secure Borders, Economic Opportunity and Immigration Reform Act of 2007“) sieht vor, neue Zuwanderungskanäle zu eröffnen, die Grenzen stärker zu sichern, um illegale Einwanderung einzudämmen, und gleichzeitig die bereits in den USA lebenden undokumentierten Einwanderer aus der Illegalität herauszuholen. Letzteres entspricht den Forderungen hunderttausender Demonstranten, die im März und Mai u. a. in Los Angeles, New York und Chicago gegen die Abschie-

USA gab es etwa alle zehn Jahre eine Amnestie für undokumentierte Einwanderer (vgl. MuB 8/03).

Eine weitere Möglichkeit für Migranten, für eine befristete Zeit in den USA zu leben und zu arbeiten, bietet das im Gesetzentwurf vorgesehene zeitlich begrenzte Gastarbeiterprogramm („Y visa“). Es sieht vor, 200.000 ausländische Arbeitskräfte ins Land zu holen, um freie Stellen zu besetzen, für die sich auf dem amerikanischen Arbeitsmarkt niemand findet. Die Aufenthaltserlaubnis ist auf maximal zwei Jahre begrenzt. Sie kann zweimal verlängert werden, vorausgesetzt der Arbeitnehmer verlässt die USA zwischen den Verlängerungen für jeweils ein Jahr.

Wegen der hohen Nachfrage nach Arbeitskräften sollen in Zukunft die Einwanderungsquoten insgesamt erhöht und mit der Einführung eines Punktesystems gesteuert werden. Danach sollen Ausbildung (25 %), berufliche Qualifikation (50 %) und Englisch-Kenntnisse (15 %) für den Erwerb einer Aufenthaltsgenehmigung stärker honoriert werden als verwandtschaftliche Bindungen (10 %).

Entsprechend den Forderungen der Republikaner soll als weiterer Schwerpunkt des neuen Gesetzes schärfer gegen illegale Einreisen an der amerikanisch-mexikanischen Grenze vorgegangen werden, u. a. durch eine Verdopplung der Zahl der Grenzpolizisten. Vorgesehen sind darüber hinaus höhere Strafen für Menschenhändler sowie für Arbeitgeber, die Immigranten ohne gültige Papiere beschäftigen.

Über das neue Einwanderungs- und Aufenthaltsrecht wird seit Anfang des Jahres im Kongress diskutiert. Bereits im vergangenen Jahr war eine Novellierung gescheitert. US-Präsident George W. Bush (Republikaner) hat die Reform zu einem Kernanliegen seiner zweiten Amtszeit erklärt. Mit dem Gesetzentwurf stößt er jedoch in seiner eigenen Partei auf Widerstand. Viele Konservative verurteilen die Legalisierung der undokumentierten Einwanderer als un-

angemessene Amnestie für Gesetzesbrecher. Für sie hat die Sicherung der Südgrenze oberste Priorität, um illegale Grenzübertritte so schnell wie möglich zu stoppen.

Einige Demokraten bezeichnen hingegen die Einschränkung des Familiennachzugs im Rahmen des Punktesystems als unsozial. Auch kritisieren sie die geplante Einführung des Gastarbeiterprogramms. Mit Unterstützung der Gewerkschaften warnen sie vor Lohn-Dumping und der Verdrängung einheimischer Arbeitnehmer.

Die endgültige Abstimmung über das neue Einwanderungsgesetz sollte ursprünglich im Juni erfolgen. Die Mehrheit der Senatoren lehnte allerdings einen Antrag auf Verkürzung der Debatte ab. Nur 38 Demokraten und sieben Republikaner der insgesamt 100 Senatoren sprachen sich Anfang Juni dafür aus, die Gesetzesvorlage zur Abstimmung zu bringen. Notwendig wären mindestens 60 Stimmen gewesen. Daraufhin wurde der Gesetzentwurf ganz von der Tagesordnung genommen. Damit ist die Neufassung des US-Einwanderungsgesetzes vorerst vertagt. Republikaner und Demokraten stellen Mitte Juni in Aussicht, das Gesetz allerdings noch vor Beginn der Parlamentsferien am 4. Juli zu verabschieden, sofern eingebrachte Änderungsvorschläge berücksichtigt werden.

Derweil hat die Regierung ihre Pläne für schärfere Einreisebestimmungen bei EU-Bürgern bekräftigt. Laut US-Heimatschutzminister Michael Chertoff (Republikaner) seien die USA mit der Visa-Freiheit für Europäer durch Terrorpläne von Islamisten „verwundbar“. Daher müssten sich Reisende ohne Visum zukünftig 48 Stunden vor Abflug in die USA im Internet registrieren und einen Fragebogen ausfüllen. *up*

Weitere Informationen:

<http://www.migrationinformation.org>

<http://frwebgate.access.gpo.gov>

<http://pewhispanic.org>

Bericht zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund

In den letzten Jahren wurde in der Diskussion um Migration und Integration in Deutschland immer häufiger der Begriff der Bevölkerung mit Migrationshintergrund verwendet. Er zielt darauf ab, die Zielgruppe für Integrationsanstrengungen – unabhängig von der Staatsbürgerschaft – zu identifizieren. Der hohe Anteil von Zuwanderern mit deutscher Staatsangehörigkeit und die Notwendigkeit stärkerer Integrationsanstrengungen für Kinder der Immigranten machen dieses Konzept für Deutschland sinnvoll und notwendig.

Im Mai 2007 veröffentlichte das Statistische Bundesamt erstmals einen ausführlichen Bericht zur Größe und Struktur dieser Bevölkerungsgruppe. Er beruht auf Fragen zur Zuwanderung, Staatsangehörigkeit und Einbürgerung, die im Mikrozensus 2005 zusätzlich aufgenommen wurden (vgl. MuB 5/2006). Diese Merkmale wurden nicht nur für die Befragten selbst, sondern auch für ihre Eltern erfragt. Das Statistische Bundesamt definiert die Bevölkerung mit Migrationshintergrund als „alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil“. Nach dieser Definition geben nur Immigranten der ersten Generation die Zuge-

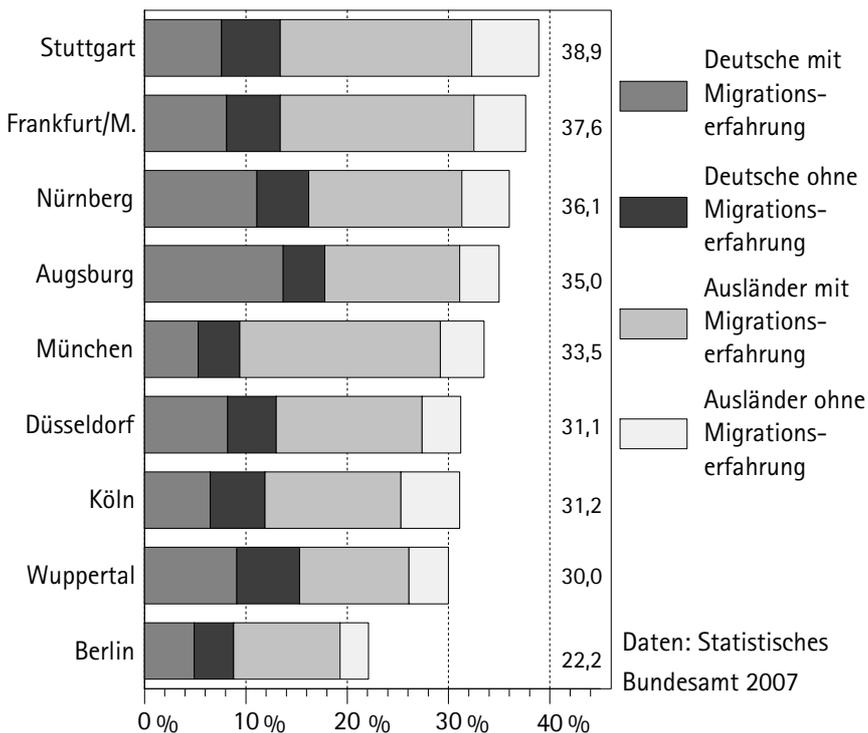
hörigkeit zu dieser Bevölkerungsgruppe an ihre Kinder weiter.

Das Statistische Bundesamt zählt zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund 7,3 Mio. Ausländer und 8 Mio. Deutsche, also insgesamt 15,3 Mio. Menschen. Dies sind 18,6 % der Bevölkerung. Darin sind 10,4 Mio. Personen enthalten, die seit 1950 zugewandert sind, davon 5,6 Mio. Ausländer und 4,8 Mio. Deutsche. Sie werden auch als Personen mit eigener Migrationserfahrung bezeichnet. In der Bevölkerung mit Migrationshintergrund sind aber auch Personen ohne eigene Migrationserfahrung enthalten: 1,7 Mio. in Deutschland geborene Ausländer und 2,6 Mio. in Deutschland geborene Deutsche.

Mit dem Mikrozensus 2005 konnte das Statistische Bundesamt erstmals auch wichtige Strukturmerkmale der Bevölkerung mit Migrationshintergrund darstellen. Sie ist deutlich jünger als die deutsche Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Jeder zweite Einwohner mit Migrationshintergrund ist jünger als 34,2 Jahre, für die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund liegt dieses Medianalter bei 46,5 Jahren. In der Altersgruppe der unter 5-jährigen Kinder gehört jeder dritte Einwohner zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund. 98 % der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (14,7 Mio.) leben im früheren Bundesgebiet und in Berlin.

In einigen Großstädten ist ihr Bevölkerungsanteil heute schon beträchtlich (siehe Grafik S. 5). In Stutt-

Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach Städten, Anteil 2005



Stuttgart haben 38,9 % der Einwohner einen Migrationshintergrund, in Frankfurt/Main 37,6 %, in Nürnberg 36,1 %. Bei den unter 5-Jährigen liegt der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund in sechs Städten über 60 %, so in Nürnberg (67 %), in Frankfurt/Main (64,6 %), in Düsseldorf (63,9 %) und in Stuttgart (63,6 %). In Nürnberg und Wuppertal tragen dazu vor allem die Deutschen mit Migrationshintergrund bei. Eine wichtige Ursache dieser Situation ist die in den letzten Jahrzehnten anhaltend geringe Kinderzahl der Deutschen ohne Migrationshintergrund. Der hohe Anteil von Vorschulkindern mit Migrationshintergrund in den genannten Städten wird in den kommenden Jahren noch stärker die Situation an den Schulen beeinflussen als bisher. Weiterführende Untersuchungen zu den Deutschkenntnissen dieser Gruppe wären sinnvoll.

Die Zugehörigkeit zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund selbst sagt wenig über den Grad der Integration in die deutsche Gesellschaft aus. Dies wird deutlich, wenn man die hohe Aufenthaltsdauer der Zugewanderten berücksichtigt, sie lag im Schnitt bei 18,5 Jahren. Einige Merkmale der Bevölkerung mit Migra-

tionshintergrund deuten jedoch auf Probleme der Integration hin. Die Erwerbslosigkeit in dieser Gruppe beträgt 13,3 %, bei Deutschen ohne Migrationshintergrund liegt sie bei 7,5 %. Die Erwerbsbeteiligung im Alter 25 bis 65 ist bei Personen mit Migrationshintergrund mit 61,6 % geringer als beim Rest der Bevölkerung (73 %). Der Bericht des Statistischen Bundesamtes zeigt, dass die Unterschiede im Erwerbsverhalten besonders bei Frauen stärker ausgeprägt sind. In der Bevölkerung mit Migrationshintergrund liegt der Anteil nicht erwerbstätiger Frauen, die sich v. a. der Erziehung der Kinder oder der Pflege von Familienangehörigen widmen, bei 36,9 %, bei den Deutschen ohne Migrationshintergrund liegt er bei 26,3 %. In der familienpolitischen Diskussion zur Kinderbetreuung in der ersten Jahreshälfte 2007 spielte dieser Aspekt nur eine untergeordnete Rolle. Die vom Statistischen Bundesamt vorgelegten Daten zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund werden möglicherweise helfen, auch für andere, bisher allgemein diskutierte Probleme die Bedeutung des Migrationshintergrunds zu verstehen.

Eine wichtige und wirksame Form der Integration von Immigranten geschieht innerhalb der Familie, infolge einer binationalen Eheschließung. Bisher war bekannt, dass 6,6 % aller Ehen (1,3 Mio.) in Deutschland binational sind.

Anhand der jetzt erhobenen Daten weist das Statistische Bundesamt aus, dass insgesamt 1,9 Mio. Ehen (9,7 % aller Ehen) zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund bestehen. In 2,9 Mio. Ehen leben nur Menschen mit Migrationshintergrund zusammen und in 14,8 Mio. Ehen Menschen ohne Migrationshintergrund.

Der Datensatz des Mikrozensus 2005 wird im Sommer 2007 für wissenschaftliche Forschungszwecke zur Verfügung stehen. Die folgenden Wellen des Mikrozensus bis zunächst 2012 werden es ermöglichen, mit jeweils wechselnden neuen Fragen mehr über Strukturmerkmale und spezifische Probleme der Bevölkerung mit Migrationshintergrund zu erfahren.

Die Studie „Bevölkerung mit Migrationshintergrund - Ergebnisse des Mikrozensus 2005. Fachserie 1 Reihe 2.2, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Statistisches Bundesamt: Wiesbaden 2007“ kann kostenlos als PDF- und als Excel-Datei vom Publikationsservice des Statistischen Bundesamtes heruntergeladen werden: <https://www-ec.destatis.de>

Prof. Ralf E. Ulrich, Direktor des Instituts für Bevölkerungs- und Gesundheitsforschung, Fakultät für Gesundheitswissenschaften, Universität Bielefeld

Literatur / Neu im Internet



Die Bundeszentrale für politische Bildung hat zwei neue Buchpublikationen im Themenbereich Integration/Interkulturalität in ihr Programm aufgenommen. Ein von Ludger Reiberg herausgegebener, umfassend bebildeter und grafisch gestalteter Themen- und Materialband über „Berufliche Integration in der multikulturellen Gesellschaft“ stellt zunächst die Ausgangssituation und mögliche Erklärungen für mangelnde Integration aus pädagogischer Sicht dar: Jugendliche mit Migrationshintergrund stehen im Prozess der beruflichen Qualifizierung noch immer in der Defensive. Auf der Grundlage von theoretischen Ansätzen und statistischem Material werden anschließend in verschiedenen Beiträgen Perspektiven für in-

terkulturell sensible Übergänge von der Schule in den Beruf entwickelt und Herausforderungen und Handlungsansätze skizziert. Der dritte Teil umfasst mehr als zehn Erfahrungsberichte und Vorbild-Beispiele (Best Practice) aus den Bereichen Schule, Bildungsarbeit/Ausbildung und Jugendhilfe. Den Abschluss des Bandes bilden Impulsbeiträge für Weiterbildung und Methodenkompetenz sowie Materialien zum interkulturellen Lernen im Übergang Schule-Beruf.

Das Fachbuch „Interkulturell denken und handeln“ behandelt in mehr als 40 Aufsätzen umfassend Theorie und Praxis der Interkulturalität. Neben Beiträgen zur Historie und Begriffsgeschichte werden sozialwissenschaftliche, philosophische, pädagogische und gender-

spezifische Aspekte der Interkulturalität analysiert. Der praxisrelevante Teil widmet sich den Handlungsfeldern Schule, Sozialarbeit und Gesundheitswesen ebenso wie der internationalen Begegnung und Fragen des interkulturellen und Diversity-Managements in Unternehmen. Im letzten Teil des Buches werden Methoden und Interventionsformen für die pädagogische, politische und rechtliche Praxis vorgestellt und diskutiert.

Ludger Reiberg (Hrsg.): **Berufliche Integration in der multikulturellen Gesellschaft. Beiträge aus Theorie, Schule und Jugendhilfe zu einer interkulturell sensiblen Berufsorientierung.** 2007, Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung. Online-Bestellung gegen Bereitstellungspauschale unter: http://www.bpb.de/publikationen/LSKY5J,0,Berufliche_Integration_in_der_multikulturellen_Gesellschaft.html

Hans Nicklas, Burkhard Müller, Hagen Kordes (Hrsg.): **Interkulturell denken und handeln. Theoretische Grundlagen und gesellschaftliche Praxis.** 2007, Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung (Schriftenreihe Band 595). Online-Bestellung gegen Bereitstellungspauschale: http://www.bpb.de/publikationen/2UJ7YV,0,Interkulturell_denken_und_handeln.html



Der neue „Wegweiser Demographischer Wandel 2020“ wählt eine kommunale bzw. kommunalpolitische Perspektive auf die Bevölkerungsentwicklung in den kommenden Jahren. Der 200-seitige, sehr informative und grafisch anspruchsvoll gestaltete Band richtet sich nicht nur an Kommunalpolitiker und Angestellte der Verwaltung, sondern auch an Bürger, die sich für die demographische Entwicklung der Städte und Gemeinden interessieren.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): **Wegweiser Demographischer Wandel 2020. Analysen und Handlungskonzepte für Städte und Gemeinden.** 2006, Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung (Schriftenreihe Band 607). Online-Bestellung gegen Bereitstellungspauschale unter: http://www.bpb.de/publikationen/160UCV,0,Wegweiser_Demographischer_Wandel_2020.html



Politische Bildung für Migrantinnen und Migranten
Auf einer Tagung der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) im März 2007 wurde die Expertise „Maßnahmen zur politischen Bildung für Migranten und Migrantinnen“ vorgestellt und diskutiert. Das Gutachten evaluierte erstmals eine Vielzahl von politischen Bildungsmaßnahmen für unterschiedliche Migrantengruppen. In den Beiträgen und einer Podiumsdiskussion wurden unter Beteiligung unterschiedlichster Vertreter Schlussfolgerungen aus der Untersuchung gezogen und Handlungsansätze vorgestellt.

Die Expertise und das Symposium sind auf der Internetseite der bpb dokumentiert: http://www.bpb.de/veranstaltungen/V3I05W,0,0,Politische_Bildung_f%C3%9C_r_Migranten.html

bpb-Online-Dossier Rechtsextremismus

Rechtsextremismus ist längst keine Randerscheinung mehr. Von der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet sind Strukturen entstanden, die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung in Frage stellen. Der Rechtsextremismus beginnt langsam, die Alltagskultur zu durchdringen. Es ist eine Graswurzelrevolution, die die Zivilgesellschaft bedroht. Das neue Informationsangebot der bpb klärt kontinuierlich über Rechtsextremismus auf – mit monatlichen Themenschwerpunkten: <http://www.bpb.de/themen/R2IRZM,0,Rechtsextremismus.html>

Neu im Internet

focus Migration - Länderprofil Deutschland

Das **Länderprofil Deutschland** (Nr. 1) wurde kürzlich aktualisiert (Stand 5/07). Das Länderprofil ist sowohl in einer PDF- als auch in einer HTML-Version in deutscher und englischer Sprache erhältlich:

<http://www.focus-migration.de/Laenderprofile.1349.0.html>

Folgende Länder erscheinen demnächst in dieser Reihe: Finnland, Rumänien, das Vereinigte Königreich, die Niederlande, Senegal und Israel.

Webprojekt: Muslimische-Stimmen.de

Das im Sommer 2005 gestartete unabhängige Webprojekt **Muslimische-Stimmen.de** hat sich zum Ziel gesetzt, den Austausch unter und mit Muslimen in Deutschland zu fördern und zu einer Informationsquelle u. a. für Journalisten und politisch Aktive zu werden. Jede Woche werden unterschiedliche Beiträge in Form von Stellungnahmen zu gesellschaftlichen, politischen und theologischen Themen, Projektbeschreibungen oder Videos veröffentlicht.

Muslimische-Stimmen.de will eine Plattform für pluralistische und konstruktive Diskussionen zu europa- und deutschlandbezogenen Themen sein. Vor allem soll die Website Muslimen die Möglichkeit geben, selbst die Themen zu bestimmen, die für sie von Bedeutung sind.

Die Begriffe „Muslim“ bzw. „muslimisch“ umschreiben eine große menschliche Vielfalt. In der öffentlichen Diskussion sind sie oftmals mehr Zuschreibungen als Selbstbeschreibungen. Muslimische-Stimmen.de will diese Vielfalt zeigen und ermöglichen, dass sich die Betroffenen die Bezeichnungen „Muslim“ bzw. „muslimisch“ wieder aneignen.

Ein weiteres Ziel von Muslimische-Stimmen.de besteht darin, die Vernetzung und den Ideenaustausch unter sozial und politisch Aktiven zu fördern. Vor allem Journalisten und Politiker können in der Kategorie „Projekte“ für sie interessante Informationen und Ideen finden.

<http://www.muslimische-stimmen.de>

Impressum

Herausgeber: Netzwerk Migration in Europa e. V., Limonenstraße 24, 12203 Berlin, Tel.: +49 (0)30 456 3173, Fax: +49 (0)30 92400 996, E-Mail: MuB@network-migration.org; newsletter@focus-migration.de; ISSN: 1435-7194

Kooperationspartner: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)

Redaktion: Antje Scheidler (verantw.), Stefan Alscher, Marcus Engler, Jennifer Elrick (HWWI), Thomas Hummitzsch, Rainer Münz, Veyssel Özcan, Ulrike Pape, Jan Schneider (i. A. der bpb), Christoph Wöhrle; Redaktionsschluss: 18.6.2007

Bestellung: www.migration-info.de/kontakt oder newsletter@focus-migration.de

Die Herausgabe des Newsletters „Migration und Bevölkerung“ wird von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und dem Hamburgischen WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) gefördert. Die darin veröffentlichten Beiträge geben nicht unbedingt die Ansicht der bpb und des HWWI wieder. Der Abdruck von Artikeln, Grafiken und Auszügen ist bei Nennung der Quelle erlaubt. Um die Übersendung von Belegexemplaren wird gebeten.

Weitere Online-Ressourcen: www.network-migration.org, www.bpb.de, www.migration-research.org, www.focus-migration.de

Dieser Newsletter und alle bisher erschienenen Artikel sind online verfügbar unter: www.migration-info.de